

1. DIE NACHBARN IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

1.1. Baden-Württemberg

Regierung, Großer Rat, Wirtschaft und Bevölkerung St. Gallens beschäftigten sich in der Zeit zwischen den Weltkriegen nicht nur mit Ereignissen im Kanton und in der Eidgenossenschaft sowie in der Welt, sondern auch mit jenen der angrenzenden ausländischen Nachbarschaft. Bei dieser Berichterstattung war die Presse besonders ausersehen, über Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg und Liechtenstein zu berichten. Im Folgenden erscheint es daher notwendig, die Geschichte der unmittelbaren Nachbarn chronologisch nachzuzeichnen.

»[...] Die Gerüchte«, hieß es im *St. Galler Tagblatt* vom 10. November 1918⁶, »nach denen in Württemberg eine Volksrepublik ausgerufen worden sei, sind, wie wir von zuständiger Quelle erfahren, unbegründet.« Tatsächlich vollzog sich der Übergang von der Monarchie zur Weimarer Republik in Baden und in Württemberg (damals noch getrennt) weitgehend friedlich.

1918, 9. November: Großherzog Friedrich II. beruft badischen Landtag ein, Bildung eines Wohlfahrtsausschusses und Soldatenrats

1918, 9. November: Regierung in Württemberg

30. November: König Wilhelm verzichtet auf Thron, Stuttgarter Konferenz fordert föderalistischen Reichtsaufbau

1919, Januar: Wahlen in beiden Ländern, deutliche demokratische Mehrheiten von Zentrum, SPD und DDP

1923, Februar: Mannheim und Karlsruhe von französischen Truppen besetzt

Räumung erst 1924

1924, November: Rentenmark stoppt Inflation

Wirtschaftliche Stagnation in Baden

Wachstum in Württemberg

1929: 6 Sitze für die NSDAP im Landtag von Baden

Finanzkrise nach Börsenkrach

Anstieg der Arbeitslosigkeit

1932: 23 NSDAP-Sitze in Württemberg

Parlamentarische Mehrheit für die Regierungskoalition verloren

1933, 5. März: Baden 45,4% stimmen für Hitler

6. StASG, St. Galler Tagblatt.

Württemberg 41,9% für NSDAP, Abschaffung der Länderrechte, Einsetzung von Gauleitern⁷

1.2. Bayern

Anders als in Baden-Württemberg verlief die Entwicklung in Bayern zu Ende des Ersten Weltkriegs turbulent. »Vergangene Nacht wurde ein Rat der Soldaten, Arbeiter und Bauern gebildet. Vorsitzender ist Kurt Eisner. Die Republik Bayern wurde ausgerufen.« Mit diesen Zeilen orientierte das *St. Galler Tagblatt* am 9. November 1918 seine Leser.⁸

1918, 7. November: Münchner Staatsstreich

Kurt Eisner Ministerpräsident

Arbeiter- und Soldatenräte nach sowjetischem Vorbild

Forderung der USPD (Unabhängige Sozialisten, dem Kommunismus nahestehend) nach »Vergesellschaftung der Produktionsmittel«

1918, 9. November: Thronverzicht König Ludwigs III.

Eigene Außenpolitik Bayerns (Förster, bayrischer Gesandter in Bern, hat Kontakt mit Entente)

7. Rinker-Setzer, Die Geschichte Baden-Württembergs, Stuttgart 1986, S. 264ff. Vgl. dazu Weimarer Republik gesamt:

1918, November: Thronverzicht Kaiser Wilhelms II.

Matrosenmeuterei in Kiel

Spartakusaufstand in Berlin

1919, Januar: Nationalversammlung mit Zentrum, SPD und DDP als Mehrheitsparteien

Friedrich Ebert Reichspräsident

1920, Januar: Unterzeichnung des Versailler Vertrages

1920, März: Kapp-Putsch

1922, April: Ermordung Außenminister Rathenaus

1922, August: Beginn der Inflation

1923, Januar: Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen

1923, Oktober: Regierung erstmals mit Notverordnungen

1923, November: Hitlerputsch – Verbot von NSDAP und KPD

1925, April: Feldmarschall von Hindenburg Reichspräsident

1925, Dezember: Locarno-Verträge: Deutschland garantiert Grenzen

1926, September: Deutschland Mitglied des Völkerbundes

1929, Oktober: Weltwirtschaftskrise

1930: Regierungen Brüning, von Papen und von Schleicher mit Notverordnungen, 6 Millionen Arbeitslose

1932, Oktober: 36% der Bevölkerung beziehen öffentliche Mittel

Bruttosozialprodukt um 32% zurück gegangen

1933, Januar 30: Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt (»Machtergreifung«)

1933, März 5: Wahlen

43,9% für die NSDAP; Umwandlung der Länder in Gaue mit Gauleitern; Weimarer Verfassung außer Kraft

8. StASG, *St. Galler Tagblatt*.

1918, 11. Dezember: Spartakusgruppe unter Dr. Max Levien (der in Zürich Lenin kennen gelernt hatte)

1918, Dezember: Landtagswahl: Bayrische Volkspartei 35%, SPD 33%, DDP 14%; USPD nur 3 von 180 Mandaten

1919, 21. Februar: Kurt Eisner ermordet
Kommunistische Revolution in München
Erschießung von Zivilisten

1919, April: Niederschlagung durch Reichstruppen
Die Schreckensherrschaft trägt wesentlich dazu bei, daß München in der Folge zum Zentrum des deutschen Rechtsradikalismus wird.

1919, August: Verfassung für den Freistaat Bayern, Koalition der Mitte

1920: Bildung von mobilen rechtsgerichteten Wehren

1921: Hitler als Führer der noch regionalen NSDAP

1923, November: Hitler-Ludendorff-Putsch von der bayrischen Gendarmerie niedergeschlagen
Festungshaft für die Putschisten

1923/24: Hitler schreibt in Landsberg »Mein Kampf«

1932: 40% der bayrischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig
13,5% Arbeitslose (weniger als Gesamtstaat)
NSDAP unter dem Reichsdurchschnitt
Bayrische Volkspartei mit relativem Mehr

1933, 5. März: NSDAP erhält 43,1% der Stimmen
Abschaffung der Länderrechte Einsetzung eines Gauleiters⁹

1.3. Vorarlberg

Die Grenze zu Liechtenstein und Vorarlberg wurde von St. Gallen, nur durch den Rhein getrennt und durch zahlreiche Brücken verbunden, stets als besonders durchlässig aufgefaßt. Daher beschäftigten sich die St. Galler Zeitungen intensiv mit den Vorgängen in Vorarlberg vom November 1918.¹⁰ »Die Nachrichten über Unruhen im Vorarlberg entbehren jeder Begründung. [...] Das Vorarlberg betrachtet sich heute als ein Land im Rahmen des deutsch-österreichischen Staates, das allerdings die Forderung einer weitgehenden politischen Selbstverwaltung erhebt [...].«

9. Kraus Andreas, Geschichte Bayerns, München 1983.

10. STASG, St. Galler Tagblatt, 09.11.1918. Anmerkung zu der Zitierweise: Um die Fußnoten nicht allzustark zu befrachten, werden hintereinander folgende zitierte Stellen wenn immer möglich nur einmal aufgeführt.

- 1918, November: Vorarlberg erklärt sich als selbständig
Landesausschuß unter Vorsitz Dr. Enders, Beitritt zu Deutschösterreich, Beginn der Anschlußbestrebungen an die Schweiz, Ernährungsabkommen mit Schweiz
- 1919, Mai: 80% der Bevölkerung für Anschluß an die Schweiz
Schwabenkapitel für Anschluß an Deutschland
- 1919, Dezember: Vorarlberg wegen Selbstbestimmung an Völkerbund
- 1920: Industrielle unterstützen Heimwehr (Christlichsoziale)
- 1920, Juni: Frauendemonstrationen wegen Preiserhöhungen
- 1920, Dezember: Bauernunruhen wegen Zwangsbewirtschaftung und Exportsperr
- 1922: Nationalsozialistische Ortsgruppe Bregenz
- 1923, März: Republikanischer Schutzbund in Bregenz (Sozialisten)
- 1926, Januar: Stickerei-Veredlung mit St. Gallen vertraglich geregelt
- 1930: Kurzarbeit in Fabriken
Aufbau der NSDAP-Ortsgruppen
- 1931: Höchststand der Arbeitslosigkeit
Abbruchaktion für Stickereimaschinen
- 1932, Januar: Arbeitslose versuchen Landhaus (Sitz der Regierung) zu stürmen
- 1932, Oktober: Schweizer Sticker besetzen Rheinbrücken
- 1932, November: Letzte freie Landtagswahlen
Nationalsozialistische und kommunistische Stimmengewinne
- 1934, Oktober: Aufbau der christlichsozialen Vaterländischen Front
Wahl des letzten Landeshauptmanns
- 1935, Mai: Verhaftung illegaler Kommunisten
- 1936, Juli: Wiederaufbau der NSDAP
- 1938, 12. März: Einmarsch des 114. Infantrieregiments aus Konstanz
Regierung in Wien verbietet Widerstand
98,1% Für Anschluß an Deutschland
Vorarlberg wird in den Gau Tirol einverleibt.¹¹

11. Wanner Gerhard, Vorarlberger Zeitgeschichte-Erste Republik 1918-38, Feldkirch o.J., S. 181-88, vgl. dazu Gesamtösterreich:

1918, 12. November: Provisorische Nationalversammlung erklärt Österreich zur Republik
1919, Februar: Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung und Bildung von Arbeiterräten; Regierung Renner, Vorarlberger Jodok Fink als Vizekanzler
1919, Juni: Kommunistischer Putschversuch in Wien
1919, August: Liechtenstein kündigt Zollvertrag
1920, Dezember: Aufnahme in den Völkerbund
1924, Dezember: Einführung der Schillingwährung (statt Kronen)
1927, Juli: Arbeiterdemonstration und Brand des Wiener Justizpalastes
1930, November: letzte freie Nationalratswahlen
1934, Februar: Bürgerkrieg zwischen Sozialisten und Regierung

1.4. Liechtenstein

Das Fürstentum am Alpenrhein war der einzige Nachbar des Kantons St. Gallen, zu dem die Beziehungen im Verlauf der Zwischenkriegszeit sogar verstärkt werden konnten. Wieder das *St. Galler Tagblatt*¹² schrieb am 11. November 1918 über unsere im Osten angrenzende Monarchie: »[...] In auswärtigen Blättern werden übertriebene Nachrichten über die Vorgänge in Liechtenstein verbreitet. u.a. wurde berichtet, die Liechtensteiner hätten an den schweizerischen Bundesrat ein dringendes Gesuch gerichtet, das Ländchen durch schweizerische Truppen besetzen zu lassen. Diese Meldung ist unrichtig. Es wurde an der Landtagsversammlung nur von einem solchen Vorschlage gesprochen. [...] Landesverweser Imhof mußte auf Verlangen des Landtages den Sitzungssaal im Regierungsgebäude sofort verlassen.«

1918, 7. November: Landesverweser Imhof demissioniert

Landtag wählt provisorischen Vollzugsausschuß, Vorsitz Dr. Ritter

1918, Dezember: Prinz Karl von Liechtenstein Landesverweser

1919/20: Bauern und Handwerker verlangen Schweizer Währung für Produkte; de-facto-Einführung des Frankens

1920, August/September: Österreichische Finanzwache verläßt Liechtenstein, Friedensvertrag von St. Germain anerkennt die Grenzen Österreichs und Liechtensteins

1920, November: Ausgabe von Notgeld

1920: Fürst Johann II. stellt Darlehen für Lebensmittellieferungen (später geschenkt) und für Liechtensteinische Sparkasse zur Verfügung

1920, September: Dr. Josef Peer, Bürgermeister von Feldkirch, provisorischer Regierungschef

1921, August: Neue Landesverfassung

1921, November: Postvertrag mit der Schweiz

Autoritäre Verfassung (Austrofaschismus)

1934, Mai: Ausschaltung des Parlaments durch Bundeskanzler Dollfuß

Beginn des Naziterrors

1934, Juli: Nationalsozialistischer Putschversuch scheitert, Dollfuß ermordet

1936, Juli: Vertrag des Deutschen Reiches mit Kanzler von Schuschnigg

Österreich 2. deutscher Staat, Einschränkung der Pressefreiheit

1937, Mai: Außenminister Guido Schmidt (aus Bludenz) erhält keine Garantie der Westmächte für die Selbständigkeit Österreichs

1938, Februar: Berchtesgadener Abkommen

Nationalsozialisten als Minister in Österreich

1938, 12. März: Einmarsch der deutschen Truppen

Volksabstimmung: 99,7% für Anschluß.

12. StASG, St. Galler Tagblatt.